

Gemeinsame Unterzeichnung eines »Letter of Intent« am 23. Mai 2018 zwischen der Universität Lübeck und der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Verwaltung zu einem modernen, zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitgeber umzugestalten.

Im Fokus steht hierbei weiterhin eine Intensivierung der Anstrengungen zur Digitalisierung der Verwaltung, um Prozesse in diesen Bereichen durch elektronische und automatisierte Verfahren effizienter und kundenorientierter zu gestalten.

Zu diesem Zwecke wird an der Universität zu Lübeck zunächst bis zum Jahre 2022 eine Professur für E-Government eingerichtet, die institutionsübergreifend auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Verwaltungsnachwuchskräften, die an der FHVD studieren, zu Gute kommen soll. Auf Einladung des Chefs der Staatskanzlei, Herr Dirk Schrödter, trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter beider Einrichtungen zur Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung »Letter of Intent«.

Es ist vorgesehen, den Studierenden der FHVD weitergehende Einblicke in fachbereichsübergreifendes Arbeiten in E-Government-Projekten zu ermöglichen sowie die Fort- und Weiterbildung im Ausbildungszentrum für Verwaltung (AZV) in Bezug auf die Themenfelder Digitalisierung und E-Government fort zu entwickeln.

Es ist angestrebt, im Rahmen dieser Kooperation mit der Universität zu Lübeck alle Einrichtungen des AZV in diesen Prozess einzubinden und die neu begonnene Zusammenarbeit zu vertiefen.



Auf gute Zusammenarbeit:
Staatssekretär Dirk Schrödter (v.l.), Präsident der FHVD Priv.-Doz. Dr. Jens T. Kowalski,
Kanzlerin der Universität zu Lübeck Sandra Magens, Vizepräsident Transfer und Digitalisierung
der Universität Lübeck Prof. Dr. Stefan Fischer
(Bildquelle: Staatskanzlei)